



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Mai 2007 - II -

Inhalt:

1. **Eingangsbesoldung wird NICHT abgesenkt!**
2. **Zentralstelle für Polizeitechnik EU: Gegen Sozialdumping**
3. **EU: Verbot unzuverlässiger Firmen**
4. **EU: Mindestlöhne**
5. **EU: Sozialdumping**
6. **Kein Geld mehr für Bezahlung von Überstunden**
7. **TEMPUS: Roll-out zeitweilig gestoppt**
8. **Fachtagung „Wege aus Armut und Niedriglohn“**
9. **Stammtisch der Seniorengruppe Koblenz**
10. **Hochwertige öffentliche Dienstleistungen für Alle**

1. Eingangsbesoldung wird NICHT abgesenkt!

Der Erfolg hat viele Väter – tatsächlich hatte sich zuletzt eine breite Phalanx gegen den Beschluss der Landesregierung gebildet, die gegen die Absenkung der Eingangsbesoldung argumentierte. Als erste machten DGB und GdP die Pläne öffentlich. Am 9. Oktober 2006 (Flugblatt Nr. 13/06) wurden die Pläne der Regierung bekannt gemacht. Im Anschluss fanden eine ganze Reihe von Gesprächen mit der Regierung und Parlamentariern statt. Bei der Anhörung zum Gesetzentwurf wurden DGB und GdP von einer Delegation der JUNGEN GRUPPE begleitet (Flugi Nr. 7/07). Die JUNGE GRUPPE – Vorsitzende **Sabrina Kunz** nutzte ein Gespräch mit Ministerpräsidenten Kurt Beck, um ihre Argumente vorzutragen (Kurz berichtet März I 2007).



Anlässlich der Personal- und Betriebsrätekonferenz des Mainzer Oberbürgermeisters Ende April griff Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** in seiner Rede die gewerkschaftlichen Positionen erneut auf – und erhielt deutliche Unterstützung von **OB Jens Beutel**: „Wir bitten die Landesregierung, die Besoldung nicht abzusenken. Wir haben schon heute genug Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu bekommen.“

Auch in den Reden zum 1. Mai begründeten **Heinz-Werner Gabler** und **Ernst Scharbach** ihre Ablehnung zur Besoldungsabsenkung.

Mitte Mai dann die erlösende Nachricht: Die Landesregierung nimmt die Absenkung der Eingangsbesoldung zurück (Flugi 13/07). Wir danken allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihr beharrliches Engagement. Auch in schwierigen Zeiten kann Gewerkschaftsarbeit erfolgreich sein! Wir danken den Landtagsabgeordneten

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99



für ihre Unterstützung – und der Landesregierung, dass sie nicht auf stur geschaltet hat, sondern den guten Argumenten am Ende doch gefolgt ist.

Markus Domin, 30. Studiengang: „*Ich möchte mich persönlich in aller Form für den erbrachten Erfolg, welche durch Ihre Bestrebungen ermöglicht wurde, bedanken. Nun werden die Anwärtnerinnen und Anwärtler so besoldet, wie sie (wir) geworben wurden.*“

2. Zentralstelle für Polizeitechnik

Das ISM beantwortete eine Kleine Anfrage von MdL **Thomas Auler** (FDP) zur ZPT. Derzeit sind 54 PolizeibeamtInnen, 24 VerwaltungsbeamtInnen, 73 Tarifbeschäftigte und 7 Azubis bei der ZPT beschäftigt. Die Einrichtung habe sich uneingeschränkt bewährt. Zwar werde die ZPT fortlaufend wegen ihrer Aufgabenstellung flexibel fortentwickelt, konkrete Veränderungen seien aber derzeit nicht absehbar.



3. EU: Verbot unzuverlässiger Firmen

Und noch eine gute Nachricht aus Europa: Zur Durchsetzung der Lenk- und Ruhezeiten für die Fahrer, zur Einhaltung der Regeln im Gefahrgut-Güterverkehr, zur effektiveren Kontrolle der Fahrtschreiber und der übrigen Vorschriften plant die EU, Speditionen und Busunternehmen die Zulassung zu entziehen - die dann endlich, wie lange von der GdP gefordert, europaweit gelten sollen. Dies diene auch der Einhaltung von Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen. Den Plänen der EU-Kommission müssen noch das EU-Parlament und der Ministerrat zustimmen.

GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach**: *"So zeigt sich die Europäische Union endlich mal wieder von ihrer besten Seite! Die Probleme sind national nicht mehr in den Griff zu kriegen. Wir brauchen europäische Standards gegen Lohn-, Sozial- und Kontrolldumping."*

4. EU: Mindestlöhne

Dieter Klöckner, europapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, hält die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland aus europapolitischer Sicht für notwendig. In der Europäischen Union hätten bereits 20 von 27 Staaten gesetzliche Mindestlöhne. Deutschland könne sich auch aus Wettbewerbsgründen nicht einem Mindestlohn verschließen, so Klöckner. Spätestens wenn die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Dienstleistungen wirksam werde, gehe an einem Mindestlohn kein Weg vorbei. Deshalb sei es besser, jetzt zu handeln.

Klöckner: *"Die europäischen Länder mit Mindestlohn könne es nicht ganz falsch machen. So liegt in Frankreich der Mindestlohn sogar bei 8,27 Euro, in Großbritannien bei 7,96 Euro. Diese Größenordnungen diskutieren wir nicht in Deutschland, aber es ist wichtig, dass jeder und jede Beschäftigte von seiner bzw. ihrer Arbeit leben kann."*





5. EU: Gegen Sozialdumping

Gut Nachricht aus Europa: Der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes bestätigte in seinem Plädoyer das Recht der Gewerkschaften, sich auch durch Streiks und Blockaden gegen Lohndumping zu wehren. Ausgangspunkt des Verfahrens waren Gewerkschaftsaktionen in Schweden. Eine Baufirma hatte Arbeiter aus Lettland engagiert und sie deutlich unter dem Tariflohn bezahlt. Die endgültige Entscheidung des EuGH steht noch aus. (Az. Rs C-341/05)

6. Kein Geld mehr für Bezahlung von Überstunden

„Das Polizeipräsidium Westpfalz hat seinen Beamtinnen und Beamten bereits Ende März 2007 mitteilen müssen, dass nach den vorliegenden Anträgen auf Bezahlung von Mehrarbeitsstunden, die vor mindestens 12 Monaten geleistet worden sind, das zur Verfügung stehende Budget für dieses Jahr ausgeschöpft ist. Wir gehen davon aus, dass die Situation in anderen Polizeipräsidien vergleichbar ist.



Es handelt sich hier um Mehrarbeitsstunden aus Einsatzmaßnahmen im Jahre 2005 und dem Frühjahr 2006. Nicht erfasst sind die in großer Zahl angefallenen Mehrarbeitsstunden aus dem Polizeieinsatz anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006“, schreibt Gewerkschaftssekretär **Thomas Will** in einem Brief an Innenminister **Karl Peter Bruch**.

Inzwischen haben sich mehr als 1,4 Millionen Überstunden angehäuft, deren Abbau nicht mehr möglich sein wird – Heiligendamm lässt grüßen.

Ernst Scharbach: „Nach der Föderalismusreform hat das Land nun eine eigene Regelungskompetenz. Dann soll man die Chance auch ergreifen!“

7. TEMPUS: Roll-out zeitweilig gestoppt

Déjà vu? Die Präsentation beim Hauptpersonalrat Polizei war durchaus beeindruckend. Die KollegInnen der ZPT hatten sich jede Menge Mühe gegeben, ein fertig gestelltes und funktionierendes Zeitplanungs- und Abrechnungssystem zur Verfügung zu stellen. Wie immer versicherte die beauftragte Entwicklerfirma, alle Probleme im Griff zu haben. Nach den ersten Auslieferungen an die Dienststellen traten jedoch – wie von den Skeptikern befürchtet – wieder so viele Fehler auf, dass der Roll-out zunächst gestoppt wurde. Nach verschiedenen Problemen mit der Software wurde jetzt eine Konsolidierungsphase eingeleitet, um die bereits bestehenden Probleme und Fehler zu beheben. Wenn diese Phase abgeschlossen ist, wird der Rollout wieder fortgesetzt. Probleme in der Umsetzung ergeben sich aus den vielfältigen Dienstvereinbarungen zur Arbeitszeit bei den einzelnen Dienststellen und den unterschiedlichen Handhabungen zur Arbeitszeitverordnung (jeder legt sie anders aus) und der Komplexität der Arbeitszeiten der Polizei (verschiedene Schichtmodelle, unterschiedliche Arbeitszeiten, Bereitschaftsregeln).



Helmut Knerr, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP: „Wir hoffen, dass die Firma die Fehler schnellstens beheben kann. Hoffentlich wurden die erheblichen Finanzmittel nicht in den Sand gesetzt!“

Die GdP wird sich in Sachen TEMPUS mit dem neuen Leiter der ZPT **Friedhelm Tack** unverzüglich in Verbindung setzen.



8. Fachtagung „Wege aus Armut und Niedriglohn“

Gemeinsam mit der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und dem Zentrum für gesellschaftliche Verantwortung der evangelischen Kirche veranstaltet der DGB eine Fachtagung zu „Kombilohn – Mindestlohn – Grundeinkommen?“.

„Die Wirtschaft brummt, Gewinne sprudeln seit Jahren, doch abhängig Beschäftigte wurden seit vielen Jahren nicht mehr am steigenden Wohlstand beteiligt.“

Welche Instrumente zur Überwindung von Armut und Niedriglohn brauchen wir?

4. Juli 2007, 16:30h – 20:30h,

Gossner Haus, Albert-Schweitzer-Str. 113, 55128 Mainz

9. Stammtisch der Seniorengruppe Koblenz

Der nächste Stammtisch findet am 6. Juni ab 16:00h im Wüstenhof in Vallendar statt. Weitere Infos bei Koll. Horst-Peter Birk, PP KO, 0261/103-2466.

10. Hochwertige öffentliche Dienstleistungen für Alle

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Gemeinsam fordern wir öffentliche Dienstleistungen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Wir fordern die Europäische Kommission auf, entsprechende europäische Gesetzesvorschläge zu unterbreiten.“ – so lautet die Kernbotschaft der vom Europäischen Gewerkschaftsbund initiierten Petition **„Hochwertige öffentliche Dienstleistungen für Alle“**.

Bereits seit Jahren verfolgt die Europäische Kommission eine Politik, die öffentlichen Dienstleistungen den Marktgesetzen zu unterwerfen statt sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu modernisieren und auszubauen. Abbau sozialer Standards und Qualitätsverluste waren und sind die Folgen dieser Politik.

Deshalb hat der EGB in Zusammenarbeit mit seinen angeschlossenen Mitgliedsorganisationen die Kampagne für die Sicherung öffentlicher Dienstleistungen ins Leben gerufen.

Unter www.petitionpublicservice.eu könnt Ihr die Petition unterzeichnen.

Mit kollegialen Grüßen
Ernst Scharbach

Auto kaufen? Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de